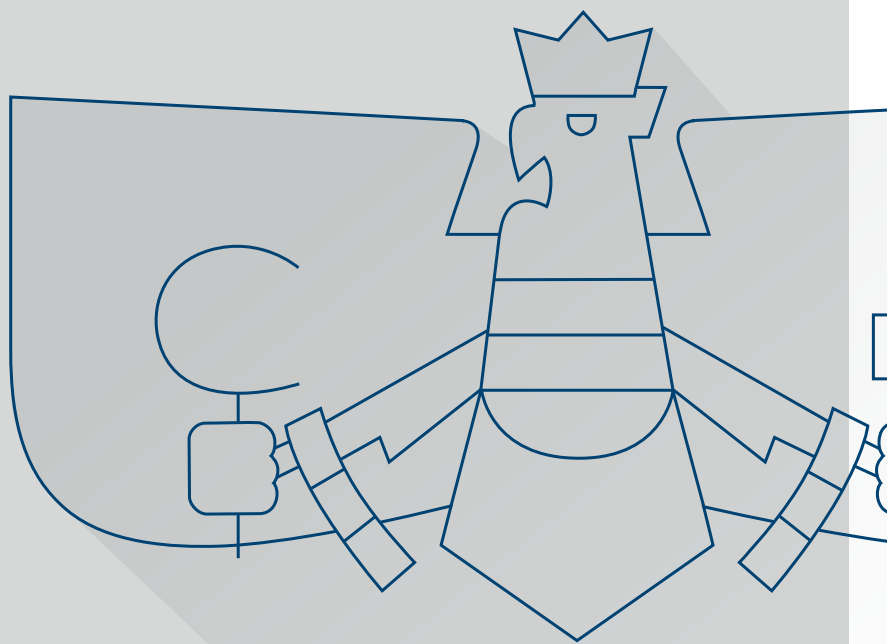
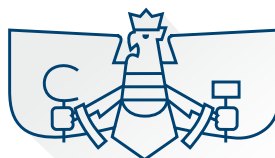


3– Freie Unternehmer gegen Zwangs- verstaatlichung

Wirtschaft stärken,
mit den richtigen Maßnahmen



3 – Freie Unternehmer gegen Zwangsverstaatlichung



Immer mehr Vorschriften, Auflagen und statistische Auswertungen. Unternehmer sein macht oft keinen Spaß mehr! Die große Verantwortung – nicht nur in sozialer Hinsicht – derer sich viele Unternehmer bewusst sind, wird immer mehr zum Stolperstein. Freie Entscheidungen sind seltener geworden, das Damoklesschwert „Staat“ wacht über einen. Geringfügige Überschreitungen werden teilweise mit drakonischen Strafen geahndet. Innovationen und Investitionen werden mit teuren Auflagen und hohen Steuerzahlungen an den Rand der Verwirklichung gebracht. Gesetze, Verordnungen und Reglements im Übermaß! Daher gilt: Leistung muss sich wieder lohnen!

Wirtschaft stärken – **mit den richtigen Maßnahmen:**

– **Steuerfreiheit für nicht entnommene Gewinne**

Größere Investitionen müssen besser planbar und wirtschaftlicher durchführbar werden. Auch eine gute Ausstattung mit Eigenkapital ist für den langfristigen Erfolg eines Unternehmens bedeutend. Eine Steuerstrukturreform könnte neue Handlungsspielräume mit deutlichen Vereinfachungen bringen!

WIR FORDERN:

Gewinne, die aus eigenem Fleiß erwirtschaftet und in den eigenen Betrieb investiert werden, müssen steuerfrei werden.

– **Kalte Progression stoppen (Mehr Netto vom Brutto!)**

Staatliche Gebühren und Abgaben werden jedes Jahr automatisch angehoben. Aufgrund der jährlichen Lohnerhöhungen steigen auch die staatlichen Einnahmen bei der Einkommenssteuer und den Sozialversicherungsbeiträge.

WIR FORDERN:

Kontinuierliche Anpassungen der Einkommenssteuertarife.

– **Weg mit der MindestKöSt**

Mindestkörperschaftssteuer ist ein zinsloser Kredit der Unternehmer an die Republik! Wir akzeptieren keine Gewinnsteuer für Verluste.

WIR FORDERN:

Ersatzlose Streichung der Mindestkörperschaftssteuer, damit liquide Geldmittel im Unternehmen bleiben.

– Werbeabgabe hemmt betriebliche Zukunft

Das Investieren in die betriebliche Zukunft mittels gedruckter Produktinformationen wird durch eine Extrasteuer = Werbeabgabe bestraft!

WIR FORDERN:

Ersatzlose Streichung der Werbeabgabe. Allein durch das Wegfallen der Einhebung kann der Staat rund 10 Mio. Euro einsparen. Geld, das in Form von Investitionen etwa 700 neue Arbeitsplätze schafft und das BIP um rund 15 Mio. Euro wachsen lässt.

– Lohnneben- und Zusatzkosten senken

WIR FORDERN:

z. B. Absenkung des AUVA-Beitrages, faire Aufteilung des FLAF-Beitrages (Familienlastenausgleichfonds) – auch der Staat hat für seine Bediensteten einzuzahlen und nicht nur herauszunehmen. Anhebung der Freigrenze und des Freibetrages bei Kommunalsteuer, Dienstgeberbeitrag und -zuschlag, zur Entlastung der Kleinstbetriebe.

– Reduzierung von Bürokratie und Gesetzesflut

Jährlich werden weit mehr als 200 Gesetze, Staatsverträge und Entschlüsse angenommen. Dazu kommen hunderte Gesetzesänderungen der Landtage und eine Vielzahl von Ministerverordnungen. Daraus resultieren tausende Paragrafenänderungen. Das Einhalten der sich täglich ändernden Vorschriften, Richtlinien, Regeln sowie Melde- und Informationspflichten ist für Unternehmer umständlich und aufwendig.

WIR FORDERN:

Die Regulierung auf ein erträgliches Maß zu bringen. Unzählige Vorschriften sind überholt, unüberschaubar, kompliziert oder veraltet:

- Lohnverrechnung
- Gewinnermittlung
- Genehmigungsverfahren
- Vergabeverfahren
- Regelungen zur Rechnungslegung
- Gebührentatbestände
- Statistikmeldungen
- Elternteilzeit
- Zahlungsverzug
- Patentanmeldungen
- Förderanträge

Bürokratie geht auf Kosten von Investitionen, verhindert neue Arbeitsplätze und fördert die Schwarzarbeit.

– Freie Wirtschaft statt Kammerstaat

WIR FORDERN:

Wirtschaftskammer zukunftsfit gestalten (z. B. Einführung eines demokratischen Wahlrechts, Abschaffung der doppelten Grundlagen für Kapitalgesellschaften, Beseitigung des Faktors 10, mehr Dienstleistung und Service – im Speziellen für Kleinstunternehmen, ...). Befreiung von Zwangsgebühren und der Zwangsmitgliedschaft!

– Flexibilisierung der Arbeitswelt

Nur ein gewisses Maß an Flexibilität und die Erarbeitung einer neuen „Kultur der Erwerbstätigkeit“ schaffen sichere und effiziente Leistungspotenziale.

WIR FORDERN:

- Angleichung von Bemessungsgrundlagen
- Teilkrankenstand ermöglichen
- Kuraufenthalte: teilweise auf Urlaub anrechenbar
- Erneuerung der Kurzarbeit
- Modernisierung der Mitarbeiterbeteiligungsmodelle
- Förderung von Betriebsvereinbarungen statt starrer Branchenvereinbarungen (Individuelle statt kollektiver Verträge)